

## Anliegen des Rheinischen Landwirtschafts-Verbandes zu den geplanten Haushaltskürzungen der Bundesregierung im Agrarsektor

Die Bundesregierung hat zunächst für den Haushalt 2024 vorgeschlagen, die Agrardieselrückvergütung und die Kfz.-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge zu streichen. Nach einer Verständigung innerhalb der Ampelkoalition soll die Kfz.-Steuerbefreiung zwar bleiben, jedoch soll weiterhin der Agrardiesel auslaufen, wenn auch in Schritten. Zudem soll der Agrarhaushalt um zusätzliche 100 Mio. € gekürzt werden. Für den RLV ist dies keine Lösung. Die Salami-Taktik der Bundesregierung gefährdet vielmehr die Wettbewerbskraft der heimischen Landwirte. Der Agrardiesel und Kfz.-Steuerbefreiung müssen daher beide vollumfänglich erhalten bleiben.

### Die beabsichtigten Streichungen

- ...haben unmittelbare Auswirkungen auf unsere Lebensmittelproduktion in Deutschland und hier vor Ort im Rheinland: Für die Arbeit auf den Feldern werden Landmaschinen benötigt, die derzeit und auch in Zukunft auf fossile Brennstoffe angewiesen sind. Schließlich diskutiert die Regierung auch ein Verbot von Biokraftstoffen. Die Landwirte halten so die Lebensmittelproduktion zu günstigen Preisen für die Verbraucher aufrecht.
- ...gefährden unsere Wettbewerbsfähigkeit in Europa: Während in wichtigen Wetterwerbsländern wie Spanien oder Belgien eine deutlich geringere bis keine Steuer erhoben wird, sollen die ca. 21,5 ct Rückvergütung je Liter Diesel in Deutschland faktisch in kurzer Frist gestrichen werden. Schon heute trägt die Landwirtschaft wie alle Bürger die Last der CO<sub>2</sub>-Besteuerung von Kraftstoffen im in vollem Umfang.
- ...konterkarieren die von der Regierung selbst proklamierten Investitionen in eine nachhaltige Agrarproduktion: Die erneute Kürzung des Agrarhaushaltes lässt kaum noch Spielräume, den gesellschaftlichen Wünschen Rechnung zu tragen. Die vom Bundeskabinett bereits im Sommer beschlossenen Kürzungen im Haushalt in Verbindung mit dem geplanten Kompromiss der Ampelkoalition würden mittelfristig rund 900 Mio. € ausmachen, die der „Grünen Branche“ fehlen. Deshalb muss der Fokus auf einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaftspolitik liegen, die den tatsächlichen inflationsbedingten Verbraucherverhalten folgt.
- ...schon heute stellen der Mindestlohn, der uns schon jetzt gegenüber Lieferanten aus anderen Ländern zurückwirft, eine ideologisch geprägte Umsetzung der europäischen Agrar- und Umweltpolitik sowie nationale Alleingänge beim Tierwohl und Pflanzenschutz in Verbindung mit einer überbordenden Bürokratie eine große Gefahr für den Agrarstandort NRW dar.

### Unsere Forderungen

Wir fordern von der Bundesregierung: Agrardiesel und Kfz.-Steuerbefreiung müssen vollumfänglich bleiben! Keine Kürzung des Agrarhaushalts! Eine Salami-Taktik ist keine Zukunftsstrategie, sondern gefährdet die heimische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion. Eine wettbewerbsfähige Grüne Branche ist Garant für stabile demokratische Verhältnisse und sichere Arbeitsplätze.